

Deutscher Bundestag

Stenografischer Bericht

211. Sitzung

Berlin, Donnerstag, den 19. März 2009

Inhalt:

Wahl des Abgeordneten Dr. Carl-Christian Dressel als Mitglied im Gremium nach Art. 13 Abs. 6 des Grundgesetzes	22711 A	Kurt Bodewig (SPD)	22734 A
Erweiterung und Abwicklung der Tagesordnung	22711 B	Thomas Bareiß (CDU/CSU)	22735 A
Absetzung der Tagesordnungspunkte 12 und 31 c	22712 D		
Nachträgliche Ausschussüberweisungen	22712 D		
Tagesordnungspunkt 4:		Tagesordnungspunkt 5:	
Abgabe einer Regierungserklärung durch die Bundeskanzlerin zum Europäischen Rat am 19./20. März 2009 in Brüssel und zum G-20-Gipfel am 2. April 2009 in London		a) Antrag der Abgeordneten Renate Künast, Fritz Kuhn, Hans-Josef Fell, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Energiewende vorantreiben – Atomausstieg fortsetzen (Drucksache 16/12288)	22736 B
Dr. Angela Merkel, Bundeskanzlerin	22713 C	b) Antrag der Abgeordneten Sylvia Kotting-Uhl, Jürgen Trittin, Cornelia Behm, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Verantwortlichkeiten für die Zustände im Endlager Asse II benennen und Konsequenzen für die Endlagersuche ziehen (Drucksache 16/10359)	22736 B
Dr. Guido Westerwelle (FDP)	22717 C	c) Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit zu dem Antrag der Abgeordneten Renate Künast, Bärbel Höhn, Hans-Josef Fell, Sylvia Kotting-Uhl und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Alte Atomkraftwerke jetzt vom Netz nehmen (Drucksachen 16/6319, 16/7882)	22736 B
Joachim Poß (SPD)	22719 C	d) Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit zu dem Antrag der Abgeordneten Hans-Josef Fell, Sylvia Kotting-Uhl, Cornelia Behm, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sicherheit geht vor –	
Dr. Lothar Bisky (DIE LINKE)	22721 B		
Otto Bernhardt (CDU/CSU)	22722 C		
Renate Künast (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	22724 A		
Dr. Angelica Schwall-Düren (SPD)	22726 B		
Gunther Krichbaum (CDU/CSU)	22727 D		
Dr. Guido Westerwelle (FDP)	22729 C		
Gunther Krichbaum (CDU/CSU)	22730 A		
Alexander Ulrich (DIE LINKE)	22730 C		
Nina Hauer (SPD)	22731 D		
Thomas Silberhorn (CDU/CSU)	22732 D		

schaften und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Republik Montenegro andererseits

(Drucksachen 16/12064, 16/12305) 22763 A

- c) Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit zu der Verordnung der Bundesregierung: **Zweite Verordnung zur Änderung der Altfahrzeug-Verordnung**
(Drucksachen 16/12106, 16/12181, 16/12313) 22763 B

- d) – j)
Beschlussempfehlungen des Petitionsausschusses: **Sammelübersichten 536, 537, 538, 539, 540, 541 und 542 zu Petitionen**
(Drucksachen 16/12123, 16/12124, 16/12125, 16/12126, 16/12127, 16/12128, 16/12129) 22763 C

Zusatztagesordnungspunkt 3:

- Antrag der Bundesregierung: **Ausnahme von dem Verbot der Zugehörigkeit zu einem Aufsichtsrat für Mitglieder der Bundesregierung**
(Drucksache 16/12282) 22764 B

Zusatztagesordnungspunkt 4:

- Aktuelle Stunde** auf Verlangen der Fraktion der FDP: **Umsetzung des Beschlusses der EU in Deutschland für einen ermäßigten Mehrwertsteuersatz auf Dienstleistungen** 22764 B
- Ernst Burgbacher (FDP) 22764 C
- Eduard Oswald (CDU/CSU) 22765 C
- Dr. Barbara Höll (DIE LINKE) 22766 D
- Lydia Westrich (SPD) 22767 D
- Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) 22769 A
- Manfred Kolbe (CDU/CSU) 22770 A
- Dr. Volker Wissing (FDP) 22771 B
- Gabriele Frechen (SPD) 22772 C
- Klaus Brähmig (CDU/CSU) 22773 D
- Nicolette Kressl, Parl. Staatssekretärin
BMF 22774 D
- Eckhardt Rehberg (CDU/CSU) 22776 B
- Simone Violka (SPD) 22777 C

Tagesordnungspunkt 6:

- Erste Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines **Gesetzes zur verbesserten steuerlichen Berücksichtigung von Vorsorgeaufwendungen (Bürgerentlastungsgesetz Krankenversicherung)**
(Drucksache 16/12254) 22778 D
- Nicolette Kressl, Parl. Staatssekretärin
BMF 22779 A
- Carl-Ludwig Thiele (FDP) 22779 D
- Klaus-Peter Flosbach (CDU/CSU) 22781 B
- Dr. Barbara Höll (DIE LINKE) 22783 A
- Christine Scheel (BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) 22784 A
- Gabriele Frechen (SPD) 22784 D
- Carl-Ludwig Thiele (FDP) 22785 B
- Frank Spieth (DIE LINKE) 22786 C
- Dr. Barbara Höll (DIE LINKE) 22787 A
- Antje Tillmann (CDU/CSU) 22788 A

Tagesordnungspunkt 7:

- Erste Beratung des von den Fraktionen der CDU/CSU und der SPD eingebrachten Entwurfs eines **Dritten Gesetzes zur Änderung des Opferentschädigungsgesetzes**
(Drucksache 16/12273) 22789 B
- Klaus Brandner, Parl. Staatssekretär
BMAS 22789 C
- Jörg van Essen (FDP) 22790 C
- Siegfried Kauder (Villingen-Schwenningen)
(CDU/CSU) 22791 C
- Siegfried Kauder (Villingen-Schwenningen)
(CDU/CSU) 22792 A
- Sevim Dağdelen (DIE LINKE) 22793 A
- Siegfried Kauder (Villingen-Schwenningen)
(CDU/CSU) 22793 D
- Jerzy Montag (BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) 22794 A
- Gregor Amann (SPD) 22795 A
- Paul Lehrieder (CDU/CSU) 22796 A
- Jerzy Montag (BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) 22796 B

Tagesordnungspunkt 8:

- a) Antrag der Abgeordneten Daniel Bahr (Münster), Heinz Lanfermann, Dr. Konrad Schily, weiterer Abgeordneter und der

Dr. Gerhard Schick

- (A) Sozialabgaben zu senken. Das würde nicht nur einer bestimmten Gruppe, die gerade der FDP auffällt, sondern allgemein der deutschen Wirtschaft eine Verbesserung bringen und die Schwarzarbeit wirksam bekämpfen. Ich wäre dankbar, wenn wir mehr ans Ganze denken würden und nicht nur Teilbereiche im Blick haben.

Ich würde mich auch freuen – das richtet sich jetzt an die Kollegen der Großen Koalition –, wenn man nicht erst nach dreieinhalb Jahren Regierungsverantwortung anfängt, große Ansagen für die Zukunft zu machen, Herr Kollege Oswald, sondern sich einmal fragt, was in den dreieinhalb Jahren gemacht wurde. Wir haben in einem Arbeitsprozess angefangen, fraktionsübergreifend an Fortschritten zur Änderung der Mehrwertsteuer zu arbeiten. Dieser Prozess ist leider etwas eingeschlafen. Ich möchte die Kolleginnen und Kollegen bitten, daran weiterzuarbeiten, damit wir zu einer guten Reform des Gesamtsystems Mehrwertsteuer kommen.

Danke schön.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Manfred Kolbe spricht jetzt für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Manfred Kolbe (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

- (B) Herr Kollege Burgbacher, das war eine klassische Lobbyrede,

(Ernst Burgbacher [FDP]: Nein!)

mit der Sie der betroffenen Gruppe wahrscheinlich keinen großen Gefallen getan haben, weil dieses Manöver zu durchsichtig war. Sogar der Kollege Wissing, der jetzt neben Ihnen sitzt, machte ein etwas gequältes Gesicht und hielt sich auch beim Beifall merklich zurück. Ich habe das genau beobachtet. Das spricht für dich, Volker Wissing.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Was wir brauchen, Herr Burgbacher, ist eine Gesamtkonzeption, statt jedes halbe Jahr – wenn auch vernünftige – Einzelanträge zu stellen.

(Ernst Burgbacher [FDP]: Fragen Sie doch mal Herrn Hinsken, was er jeden Tag fordert!)

Ich sage ja nicht, dass Ihr Antrag unvernünftig ist. Es hat auch Anträge der Linken gegeben, den Mehrwertsteuersatz auf Waren und Dienstleistungen für Kinder sowie Arzneimittel zu senken. Auch diese waren im Kern nicht unvernünftig. Mir fallen Dutzende von Dingen ein, bei denen der ermäßigte Mehrwertsteuersatz berechtigt wäre. Aber am Ende müssten wir dann allen den ermäßigten Mehrwertsteuersatz mit der Konsequenz gewähren, dass wir diesen dann auf 19 Prozent erhöhen müssten. Damit wäre niemandem gedient. Wir brauchen also ein Gesamtkonzept.

- (C) Wir geben zu, dass die bestehende Kasuistik nicht mehr hinnehmbar ist. Ich zitiere nur einmal Nr. 22 dieser 20-seitigen Liste der dem ermäßigten Steuersatz unterliegenden Gegenstände:

Johannisbrot und Zuckerrüben, frisch oder getrocknet, auch gemahlen; Steine und Kerne von Früchten sowie andere pflanzliche Waren (einschließlich nicht gerösteter Zichorienwurzeln der Varietät *Cichorium intybus sativum*) der hauptsächlich zur menschlichen Ernährung verwendeten Art, ... ausgenommen Algen, Tange und Zuckerrohr

(Eduard Oswald [CDU/CSU]: Das Manuskript musst du ans Protokoll abgeben!)

Das ist nur ein Auszug aus der Liste der Produkte mit ermäßigtem Mehrwertsteuersatz.

(Eduard Oswald [CDU/CSU]: Das musst du jetzt noch einmal für alle wiederholen!)

Es gibt ein Schreiben vom BMF, Frau Kressl, wonach genießbare getrocknete Schweineohren, auch wenn als Tierfutter verwendet, dem ermäßigten Umsatzsteuersatz unterliegen, während getrocknete Schweineohren, die nicht für den menschlichen Verzehr geeignet sind,

(Simone Violka [SPD]: Die kann man auch nicht kauen!)

unter den vollen Satz fallen. Das ist eine wahre Glanztat Ihres Hauses. Das ist Stoff für Büttnerredner im Karneval. Das müssen wir beenden.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD – Eduard Oswald [CDU/CSU]: Auf Karneval wollen wir trotzdem nicht verzichten!)

(D)

Es bestehen auch gravierende Bewertungswidersprüche in dieser Liste: Warum werden Musik-CDs niedriger besteuert als Babywindeln? Warum wird Tierfutter niedriger besteuert als Arzneimittel? Warum werden Hummer und Trüffel niedriger besteuert als Mineralwasser?

(Lothar Binding [Heidelberg] [SPD]: Das haben die Länder 2002 verhindert!)

Dies gibt alles keinen Sinn mehr, und wir sind hier gefordert, zumal sich die Problematik laufend verschärft. Jede Mehrwertsteuererhöhung – wir haben eine beschließen müssen – bedeutet natürlich eine Vergrößerung des Abstandes zum ermäßigten Mehrwertsteuersatz.

Herr Burgbacher, nicht neue Ausnahmeregelungen sind das Gebot der Stunde, sondern ein einfacheres und leistungsgerechteres Steuersystem und auch Mehrwertsteuersystem.

(Beifall bei der CDU/CSU – Ernst Burgbacher [FDP]: Da stimme ich zu!)

Darüber müssen wir uns in der Tat ernsthaft Gedanken machen. Einzelfalllösungen führen uns nicht weiter, so berechtigt sie auch sein mögen. Die Gastwirte haben natürlich sehr gute Gründe.

Manfred Kolbe

(A) (Ernst Burgbacher [FDP]: Sie stehen auch im Wettbewerb, Herr Kolbe!)

Aber ich denke nur an die letzte Änderung, die wir hier beschlossen haben. Seinerzeit haben wir den Mehrwertsteuersatz für Seilbahnen und Skilifte ermäßigt.

(Dr. Volker Wissing [FDP]: Das war die Union, die das wollte!)

– Ich darf hier einmal ein Geheimnis ausplaudern: Das war in der Großen Koalition nicht ganz unumstritten. Aber hat uns dies weitergeführt? Ich glaube nicht, dass wir die Probleme, die unser Mehrwertsteuersystem mit sich bringt, dadurch gelöst haben.

Wenn wir jetzt die Mehrwertsteuer für Gaststätten senkten, bekämen wir neue Probleme; dann stünden uns Debatten über den ermäßigten Steuersatz für Luxusrestaurants im Gegensatz zum vollen Mehrwertsteuersatz bei Medikamenten ins Haus. Dies ergäbe keinen Sinn, Herr Burgbacher, das müssen auch Sie zugeben.

Wir brauchen also eine Gesamtlösung. Es ist allerdings an der Zeit, dass wir sie angehen. Das muss in der nächsten Legislaturperiode passieren. Als Erstes sollten wir darüber nachdenken, ob ein Katalog noch die richtige Lösung ist, Frau Kressl, oder ob es nicht andere Lösungen als diesen Katalog gibt. Ich sage Ihnen voraus, dass jeder Katalog Wertungswidersprüche provozieren wird. Wir müssen in diesem Zusammenhang auch darüber nachdenken, ob wir den ermäßigten Steuersatz wieder auf den ursprünglichen Ansatz von 1968 zurückführen, nicht mehr als das Existenzminimum zu privilegieren. Dann

(B) könnten wir vielleicht sogar den allgemeinen Mehrwertsteuersatz senken. Eine konzeptionelle Gesamtlösung muss in der nächsten Legislaturperiode gefunden werden, und dazu wünsche ich allen Fraktionen viel Erfolg.

Danke.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie des Abg. Lothar Binding [Heidelberg] [SPD) – Lothar Binding [Heidelberg] [SPD]: Am besten, wir fangen gleich an!)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Jetzt hat der Kollege Dr. Volker Wissing für die FDP-Fraktion das Wort.

(Florian Pronold [SPD]: Ist das jetzt dieselbe Rede wie vor einem Jahr? – Zuruf von der SPD: Dieselbe Rede wie immer!)

Dr. Volker Wissing (FDP):

Besten Dank, Frau Präsidentin. – Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Situation ist etwas anders, als Sie, Herr Schick, sie dargestellt haben. Richtig ist natürlich, dass unser Mehrwertsteuersystem keine Logik hat; dies haben wir hier schon oft besprochen. Richtig ist auch, dass das Ganze keinem sozialen Sinn mehr folgt. Wir haben schon gehört, dass Babywindeln voll besteuert, Trüffel und Gänsestopfleber aber steuerlich subventioniert werden. Dies kann niemand ernsthaft wollen, und die Bürgerinnen und Bürger fragen sich, warum so etwas immer noch im Gesetz steht.

(Florian Pronold [SPD]: Weil es 2002 von euch und von der CDU/CSU abgelehnt worden ist!)

Herr Schick sagt, es könne nicht sein, dass Liberale jetzt einen Einzelpunkt aufgriffen, wo doch die FDP immer gesagt habe, sie wolle eine Gesamtlösung.

(Dr. Gerhard Schick [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Und die nie vorgelegt hat!)

Ich erläutere Ihnen, wie die Situation ist, im Übrigen auch, was es mit der Wettbewerbssituation und der Marktwirtschaft auf sich hat:

Nicht die FDP hat auf europäischer Ebene einen Finanzminister losgeschickt, der sich eines Sachverhalts annimmt, den die Franzosen als ein Problem ansehen, sondern es war ein sozialdemokratischer Finanzminister. Er hat durch die Absenkung der Mehrwertsteuer für die französischen Gastronomen eine Wettbewerbsverzerrung geschaffen. Die FDP fragt sich, ob man der deutschen Gastronomie diese Ungleichbehandlung zumuten muss.

(Beifall bei der FDP)

Ist es nicht eine patriotische Aufgabe, dafür zu sorgen, dass in der Wirtschaftskrise mittelständische Unternehmen von solchen Wettbewerbsverzerrungen befreit werden? Weil nicht wir, sondern Sie auf europäischer Ebene verhandeln können – Sie stellen die Bundesregierung –, fordern wir dasselbe Recht für Gastronomen in Deutschland, das Sie auf europäischer Ebene geschaffen haben. – Dies ist gemeint, Herr Kollege Schick, wenn von fairen Wettbewerbsbedingungen gesprochen wird.

(Beifall bei der FDP)

Sie sagen zu Recht, dass in dieser Legislaturperiode in Sachen Reform des Mehrwertsteuersystems nichts passiert sei. Das liegt an der Großen Koalition.

(Dr. Gerhard Schick [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ihr Vorschlag steht auch noch aus!)

– Sie wissen, dass dies nicht stimmt. Wir haben im Finanzausschuss darauf gedrängt, dass es eine Selbstbefassung geben soll. Allerdings stand sie unter einem schlechten Stern, weil die Koalition gesagt hat, man könne zwar darüber reden, aber sie werde in dieser Legislaturperiode nichts ändern. Das liegt daran, dass Sie sich auf nichts verständigen können. Die Wahrheit ist doch, dass Sie auch in diesem Bereich reformunfähig sind, weil Sie sich nicht auf einen gemeinsamen Nenner einigen können. Das muss man doch den Leuten in Deutschland sagen.

(Beifall bei der FDP)

Es tut sich nichts an einer wichtigen Reformbaustelle, weil CDU/CSU und SPD nicht in der Lage sind, zusammen eine vernünftige Steuer- und Finanzpolitik zu machen. Das ist doch das Problem.

(Lydia Westrich [SPD]: Das ist doch Unfug!)